

Beitrittskriterien für Türkei aufgeweicht?

Von unserem Redaktionsmitglied
RALF OSTERMANN

Luxemburg/Münster (gl). Um die Türkei auf ihrem Weg nach Europa zu unterstützen, betreibt die Europäische Union (EU) erheblichen finanziellen Aufwand. Die sogenannte Heranführungshilfe stieg von 126 Millionen Euro in 2002 auf 463 Millionen Euro in 2006. Im Zeitraum von 2007 bis 2013 sollen sogar jährlich rund 800 Millionen Euro an den Bosphorus fließen, um unter anderem in den Bereichen Straßenbau, Verbraucherschutz oder Steuerverwaltung Fortschritte in Richtung EU-Beitritt zu erzielen.

Seit gestern bestehen massive Zweifel, dass die bisher zur Verfügung gestellten Gelder in vollem Umfang den entsprechenden Projekten zugute kamen. Der Europäische Rechnungshof in Luxemburg kritisiert in einem Sonderbericht, dass die EU-Zuwendungen „nicht mit konkreten und messbaren Zielen verknüpft“ wurden. Die Europäische Kommission, die seit 2005 Beitrittsverhandlungen mit Ankara führt, sei über den genauen Nutzen der Gelder in den vergangenen Jahren nicht ausreichend informiert worden. Weiter heißt es, dass sich ein Beitrittsfortschritt ohne Zielvorgaben und Leistungsindikatoren gar nicht feststellen lasse.

Der münsterländische CDU-Europaabgeordnete Dr. Markus Pieper bezeichnet die Heranführungshilfe für die Türkei vor diesem Hintergrund als „Fehlinvestition“. „Das Geld wird für irgendetwas ausgegeben“, kritisiert er. Als Beispiel nennt Pieper Projekte für die Landwirtschaft, die „ohne jegliche Bezugsdaten durchgeführt“ würden. Das mache einen Vergleich zu EU-Maßstäben unmöglich.

Pieper geht noch weiter. Er wirft der EU-Kommission vor, speziell für die Türkei bestimmte Beitrittskriterien aufzuweichen. So habe der Rechnungshof jetzt festgestellt, dass sieben ehemals vordringliche Ziele zur Verwirklichung der Religionsfreiheit einfach in einem Punkt zusammengefasst worden seien. „Das stuft die Gesamtpriorität ab“, ärgert sich der CDU-Politiker.

Indem die Kommission die Verschleierung und Projektwillkür zulasse, ignoriere sie die Beitrittsbedingungen, kritisiert der 46-Jährige. Bestehende Probleme dürften aber „nicht mit immer mehr Geld und immer weniger Kriterien“ kaschiert werden. Pieper fordert deshalb, der Türkei weniger Geld zu überweisen. Dabei hat er das Förderniveau von 2006 im Auge, als die 463 Millionen Euro insgesamt 44 Projekten zugute kamen.